



THE
LUTHERAN
WORLD
FEDERATION

Office of the
General Secretary

lutheranworld.org

Migration und Flüchtlingsbewegungen weltweit

Referat von Pfarrer Dr. Martin Junge, Generalsekretär des
Lutherischen Weltbundes Parlamentarischer Abend der
Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen
Hannover, Deutschland – 14. April 2016

Migration und Flüchtlingsbewegungen weltweit

Vertreibung und Flucht gehören zu den Grunderfahrungen der Menschheit. Bereits im dritten Kapitel der Bibel wird davon berichtet und diese Grunderfahrung mit der Vertreibung aus dem Paradies reflektiert. Auch die heiligen Schriften anderer Religionen nehmen diese Grunderfahrung auf und kommen so wie die christliche Tradition zu dem Schluss, dass flüchtende Menschen geschützt werden sollen. „Fremde willkommen heißen“ lautet der Titel einer interreligiösen Erklärung, die auch vom Lutherischen Weltbund im Jahr 2013 unterzeichnet wurde, und die diesen Grundkonsens der Religionen festhält.¹

Dieser Grundkonsens hat dann wohl auch mit dazu beigetragen, dass der Schutz von Flüchtlingen seinen Eingang in eine von der Staatengemeinschaft verbindlich anerkannte Konvention gefunden hat, und damit in den Rahmen der Menschenrechte gestellt wurde.²

¹ https://www.lutheranworld.org/sites/default/files/Fremde_gastfreundlich_aufnehmen_0.pdf

² Die Genfer Konvention aus dem Jahr 1951:

http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf

Die Menschenrechte sind und bleiben, über die Grenzen der Religionen hinweg, die gemeinsame Sprache der Menschheitsfamilie, mit denen den Menschen betreffende Herausforderungen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht und gemeinsam angegangen werden können. Einer der großen Beiträge Martin Luthers ist es gewesen, diese beiden Bereiche – den religiös geprägten und den säkularen – in Beziehung zueinander zu bringen. Auf diesem Boden stehe ich, wenn ich heute zu Ihnen spreche.

Weiterhin werde ich mich auf eine *globale, weltweite* Perspektive konzentrieren, die ja von mir auch erwartet wird. Diese Perspektive ist der spezifische Beitrag, den ich Ihnen heute Abend für Ihr ansonsten bereits so intensiv geführtes politisches und gesellschaftliches Gespräch hier in Niedersachsen anbieten kann.

Lassen Sie mich diese globale Perspektive zunächst mit einigen Statistiken und Informationen illustrieren. Nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) befinden sich weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht – sei es als Binnenvertriebene, Flüchtlinge oder Asylsuchende.² Noch nie zuvor waren so viele Menschen auf der Flucht, nicht einmal nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Zahl der Flüchtlinge sich auf ca. 50 Millionen belief.

Genug Detailinformationen sind in den letzten Wochen angeboten worden im Hinblick auf die Aufteilung der 60 Millionen Flüchtlinge weltweit. Wichtig für meine weiteren Ausführungen ist jedoch der Hinweis, dass von den 60 Millionen Menschen ca. 59 Millionen im außereuropäischen Bereich Zuflucht gefunden haben bzw. sich dort aufhalten.

Aufschlussreich ist auch eine weitere Statistik: während noch vor 20 Jahren ca. 80 Prozent der Flüchtlinge vor den Folgen von Naturkatastrophen Schutz suchten und ca. 20 Prozent vor Konflikten und Gewalt flohen, hat sich dieses Verhältnis heute ins Gegenteil verkehrt: 80 Prozent der Flüchtlinge fliehen derzeit vor Krieg, Gewalt und Konflikten.³ Diese Statistik macht unverkennbar deutlich, wo eine systemische Ursachenbekämpfung anzusetzen hat.

Der Hinweis auf die Zahl der Flüchtlinge unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg führt mich dann auch zu der Gründungsstunde des Lutherischen Weltbunds. Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg

² <http://www.unhcr.de/service/zahlen-und-statistiken.html>

³ Mündliches Briefing während der Sitzung des Steering Committee for Humanitarian Response (SCHR - <http://schr.info/>) im März 2016 in Genf (Schweiz).

und die aus der neuen geopolitischen Aufteilung Europas resultierende massive Migration und Vertreibung stellten im Jahr 1947 eines der Hauptmotive für die Gründung des Lutherischen Weltbunds dar. Lutherische Kirchen weltweit schlossen sich damals zusammen, um sich gemeinsam der Herausforderung von Migration und Vertreibung zu stellen. Sie verstanden dies als einen konkreten Ausdruck christlicher Verantwortung.

Heute wirkt der Lutherische Weltbund als fünftgrößter Partner des UNHCR an der Betreuung von weltweit 2.3 Millionen Flüchtlingen mit. Wir arbeiten heute im kenianischen Dadaab, sowie im nordirakischen Erbil. Wir sind in Za'atari (Jordanien) tätig, wo wir seit vier Jahren syrische Flüchtlinge betreuen. Wir tun all dies im Auftrag unserer 145 Mitgliedskirchen weltweit, darunter auch der 11 Mitgliedskirchen in Deutschland. Wie eingangs dargelegt, tun wir dies aus tiefer Glaubensüberzeugung. Die Zuwendung zum leidenden Nächsten gehört unveräußerlich zu unserer christlichen Identität.

Darum lassen Sie mich auch in aller Deutlichkeit sagen: Nein, sehr verehrte Damen und Herren, wer sagt, Europa müsse seine Grenzen dichtmachen, um seine christliche Identität und Wurzeln zu schützen, hat nichts verstanden vom christlichen Glauben und seinem Gebot der Nächstenliebe. Das Argument konterkariert all das, was Christen im Allgemeinen als wesentlichen Inhalt ihres Glaubens verstehen.

Darum möchte ich auch gleich hier meinen Dank an die Kirchen in Niedersachsen, an ihre Gemeinden und Gruppen zum Ausdruck bringen, die diese Grundüberzeugung in eindrücklicher Weise umsetzen. Sei es in der Verpflegung, oder durch das Angebot von Räumlichkeiten, sei es in Form von Integrationsinitiativen oder auch von Sensibilisierungsmaßnahmen und öffentlichen Stellungnahmen: Es ermutigt uns weltweit, die Kirchen und Gemeinden hier in Deutschland, aber auch sonst in Europa, mit diesem klaren Profil wahrzunehmen. Halten Sie darum weiter an der Botschaft fest, dass Flüchtlingen menschlich begegnet werden muss. Machen Sie mit, gestalten Sie. Sie werden gebraucht, nicht allein von Flüchtlingen, sondern auch von Menschen in ihrem Land, die nach Orientierung in der gegenwärtigen herausfordernden Situation suchen. Halten Sie fest an der Einstellung, dass Menschen auf der Flucht zwar vieles aufgeben und verlieren, nicht jedoch ihre Menschenrechte.

Mein Dank gilt aber auch Ihrem Land insgesamt, Deutschland, für die eindrückliche Weise, wie auf die Herausforderung der Fluchtbewegung im Sommer 2015 reagiert wurde. Die Bundesregierung hat unmissverständliche Zeichen gesetzt. Sie hat

ihre moralische, humanitäre Verantwortung wahrgenommen und sich populistischer Stimmungsmache entzogen, als es darum ging, Menschenleben zu schützen. Diese Haltung ist nicht genug zu würdigen und anzuerkennen.

Sie buchstabieren nun in Deutschland, und darum auch im Land Niedersachsen, im Eilverfahren – auf Landes-, Kreis- und Städteebene – durch, wie die Aufnahme von Flüchtlingen konkret umzusetzen ist. Ohne diesen Einsatz, hätte es der humanitäre Gedanke heute weitaus schwerer. Das humanitäre Fiasko, das sich leider bis heute in Idomeni und Calais vollzieht, wäre vermutlich ohne Ihre Taten flächendeckend in weiten Teilen Südosteuropas eingetreten. Und schließlich: etwas viel Grundsätzlicheres von dem, was heute in Europa ins Wanken zu geraten scheint, wäre gänzlich zerbrochen: das Wertesystem, auf dem Europa aufbaut. Sie hätten heute vermutlich weniger Spannungen in Europa. Aber Europa hätte kein Fundament mehr.

Seit dem Sommer 2015 beschäftigen mich die Widersprüche, die in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion in Europa sichtbar werden. Neue Mauern in Europa, nach dem Trauma dieser einen Mauer, die auch durch Ihr Land zog? Unbegreiflich: das Land, in welchem die Mauer zuerst fiel, Ungarn, ist zu dem Land geworden, in dem eine Mauer zuerst wiederaufgerichtet wurde. In den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts siedelte der LWB gemeinsam mit dem Internationalen Roten Kreuz mehr als 100.000 Ungarn weltweit um – darunter auch in meine Heimat Chile. Sollte das heute keine Rolle mehr spielen? Und wo ist die Erinnerung der Dresdner geblieben, was es heißt, vor einem Bombenhagel Zuflucht zu suchen? Ist es nicht genau das, wovor Syrer heute Schutz suchen?

Es ist ein ungueter Zeitgeist, der uns hier zu schaffen macht. Ein frappierender Immediatismus – erlauben Sie mir diesen Neologismus – wonach alles hier und heute und sofort geschehen muss. Und weil dieser Geist so vorherrscht, leben wir zuweilen, als ob wir überhaupt keine Geschichte hätten. Und vielleicht noch dramatischer: weil das so ist, leben wir zuweilen, als ob wir überhaupt keine Zukunft mehr hätten.

Es ist dieses Kurzfristige, das dem grassierenden Populismus in der Politik weltweit Vorschub leistet. Das System der parlamentarischen Demokratie steht vor der dringenden Aufgabe, bindende politische

Verpflichtungen aus der Geschichte, aber auch nachhaltige Zukunftsperspektiven, in das politische Tagesgeschehen – inklusive in die Wahlkämpfe – einzubringen und zu benennen.

Mit diesen Gedanken möchte ich mich dem zweiten Teil meines Vortrags zuwenden, in dem ich einige Impulse für das weitere Diskutieren und Handeln anbieten möchte. Wieder möchte ich mich dabei auf die globale Perspektive konzentrieren.

Der erste Impuls, den ich Ihnen anbieten möchte, stammt aus unserer jahrzehntelangen Arbeit mit Flüchtlingen weltweit. Ich erwähnte vorhin, dass der LWB im Flüchtlingslager Dadaab (Kenia) tätig ist. Im Jahr 2012, als das Lager wegen des massiven Zustroms somalischer Flüchtlinge in den Schlagzeilen stand, waren wir mit der Verwaltung des Lagers betraut. Wir waren die „Bürgermeister“ des damals 400.000 Einwohner zählenden Camps. Dadaab bezieht seinen Namen von der nahegelegenen Stadt mit ihren 90.000 Menschen. Erkennen Sie die Dimensionen? Hannover hätte ein Lager mit 2 Millionen Einwohnern vor der Haustüre – von der Distanz her etwas nördlich von Langenhagen.

Natürlich fragen sich die Bewohner der Wüstenstadt Dadaab: wo wird das Wasser herkommen für all die Flüchtlinge? Und wo das Brennholz? Die „host community relationships“, also die Beziehungen zur einheimischen Bevölkerung, sind ein ganz wesentlicher Bestandteil all unserer Einsätze weltweit. Ohne die Berücksichtigung und Beantwortung der grundsätzlichen, manchmal sehr existenziellen Sorgen der lokalen Bevölkerung wäre die Nachhaltigkeit jeglichen Einsatzes für Flüchtlinge grundsätzlich in Frage gestellt.

In einer anderen Qualität stellen sich Menschen bei Ihnen ähnliche Fragen. Nicht alle sind darum gleich rechtsradikal eingestellt, obwohl ich natürlich auch weiß und mit Sorge beobachte, wie rechtsradikale Haltungen wieder neuen Auftrieb bekommen. Der Hass und die Gewalt, die aus diesen radikalen Kreisen kommen, sind weiterhin klar und deutlich zurückzuweisen. Bleiben jedoch die Fragen und Existenzängste – so berechtigt oder unberechtigt diese auch sein mögen – vom politischen System unbeantwortet oder werden diese nicht berücksichtigt, wird gerade hasserfüllten und gewaltbereiten Strömungen der Boden bereitet und weiterer Zulauf beschert. Wenn existenzielle Sorgen den radikalen Gruppen überlassen werden, dann wird die Existenz einer gesellschaftlichen Mitte mit ihren Grundkonsensen gefährdet. Bei der Begleitung der die Flüchtlinge aufnehmenden einheimischen Bevölkerung können, meine ich, Kirchen und Gemeinden neben ihrem gewaltigen diakonischen

Einsatz weiterhin einen ganz entscheidenden Beitrag anbieten, besonders auch in der Interaktion mit politischen Akteuren in Städten, Kreisen und Ländern.

[Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Stephan Weil](#) vom 8. März geht in die gleiche Richtung: sie kommuniziert mit den Bürgern und Bürgerinnen, sie nimmt deren Fragen auf und bindet sie in einen Dialog mit den demokratischen Strukturen ihres Landes, die es heute mehr denn je zu schützen gilt.

Der zweite Impuls, den ich heute Abend anbieten möchte, stützt sich auf eine These, die sich aus der Statistik ergibt: Die gegenwärtige Fluchtbewegung, so sehr sie die Europäische Union in eine Krise zu stürzen scheint, ist keine europäische Krise. Sie muss in ihren globalen Zusammenhängen und Ursachen verortet werden, um angemessen bewältigt zu werden – auch in Europa.

Für mich geht das Jahr 2015 als das Jahr in die Geschichte ein, in dem Europa in der Welt angekommen ist, oder andersherum: als das Jahr, in dem die Welt in Europa einbricht. Die Schuldenkrise – eine Last, unter der viele Staaten und deren Bevölkerungen bereits seit Jahrzehnten ächzen, klopfte 2015 an die Außengrenzen Europas an – und ist längst nicht wieder abgezogen; die Erfahrung von radikalierter Gewalt, politischer Fragmentierung, und komplexer Identitätsfindung in Zeiten massiver Veränderung, charakterisiert die letzten zwei Jahrzehnte weltweit und ist nun auch in Europa angekommen. Dazu die Fluchtbewegungen, die nicht mehr in fernen Regionen stattfinden, sondern Europa direkt erfassen.

Wie stellt sich Europa in einem Zeitalter doch auch bejahter Globalisierung seine Interaktion mit dem Rest der Welt vor? Können die Stärkung der Außengrenzen und die Auslagerung der Fluchtbewegung außerhalb des europäischen Territoriums, an denen heute so fieberhaft gearbeitet wird, eine nachhaltige Antwort sein? Die Erfahrungen des vergangenen Jahres machen doch deutlich, dass das Konzept zu kurz greift.

Worauf ich hier hinausmöchte: so wichtig und dringend die rasche Einigung auf eine einheitliche Politik der Europäischen Union zu Migration und Fluchtbewegungen ist, so kann die Erlangung einer solchen einheitlichen Politik nicht der Endpunkt eines europäischen Beitrags angesichts dieser globalen Herausforderung sein. Ein europäisches Problem wäre damit vielleicht gelöst, doch für wie lange? Die Ursachen der gegenwärtigen Situation liegen doch weitaus tiefer.

Drei konkrete Ausprägungen des globalen Engagements, für das ich hier werben möchte, sind mir besonders wichtig, und mit diesen Gedanken möchte ich mein Impulsreferat auch zu einem Ende bringen. Wenn ich diese globalen Themen anspreche, ist mir klar, dass ich hier nicht vor dem europäischen Parlament spreche, noch vor dem deutschen Bundestag, sondern zu Regierungsvertretern des Landes Niedersachsen, sowie zu Parlamentariern, die sich zum Parlamentarischen Abend der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen eingefunden haben. Und doch meine ich, dass auch Sie Einflussmöglichkeiten darauf haben, innerhalb welcher Gesamtarchitektur Sie Ihre Rolle und Bemühungen hier in Niedersachsen weiterführen wollen.

- Mein erster Punkt: Halten Sie an der weltweiten Entwicklungshilfe fest. Hintergrund meiner Aufforderung ist die Entscheidung mehrerer europäischer Staaten, die Flüchtlingsarbeit vor Ort durch die Umwidmung der für die offizielle internationale Entwicklungshilfe bestimmten Mittel zu bestreiten. Natürlich stellt die Finanzierung einer nicht budgetierten Flüchtlingsarbeit jeden Haushalt vor Probleme. Was ist jedoch die mittelfristige Perspektive, wenn auch noch die Unterstützung der Entwicklungshilfe in Erdteilen, die zu den Verlierern der Globalisierung zählen, jetzt ganz wegfällt? Bietet nicht gerade die verwerfliche Armut den Nährboden für die Rekrutierung von Söldnern und für die Radikalisierung insgesamt – wie wir es besonders bei Boko Haram in Nordnigeria, aber durchaus auch beim IS in Syrien und im Irak beobachten? Ist nicht Armut und Perspektiven- und Hoffnungslosigkeit ein weiteres Grundmotiv für Flucht und Migration?

Die Umwidmung der offiziellen Entwicklungshilfe mag zwar ein unmittelbares Problem in den Griff bekommen, potenziert es jedoch mittelfristig zu einer schier unlösbaren Herausforderung.

- Mein zweiter Punkt: die Reform des UN-Sicherheitsrats. Der syrische Konflikt zählt heute zu den Hauptursachen der Fluchtbewegung weltweit. Er wütet bereits seit fünf Jahren und ist in seiner Unübersichtlichkeit, aber auch in seiner Verquickung mit geopolitischen Interessen kaum zu überbieten.

Der UN Sicherheitsrat ist – wie so oft in seiner Geschichte – an dem Einspruch der Vetomächte gescheitert und hat damit keine von der Staatengemeinschaft getragene Herangehensweise beschließen können. Die Tatsache, dass sich Staaten, auch aus Europa, ohne

Mandat an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligen, oder Konfliktparteien mit Waffen ausstatten, macht dies alles noch problematischer. Wir haben nach der „Koalition der Willigen“ im Jahr 2003 gesehen, wie gefährlich die Folgen eines Einsatzes ohne UN Mandat sind, und wie diese Folgen neue Konflikte schüren – bis in den syrischen Konflikt hinein.

Der LWB unterstützt den in den Vereinten Nationen gegenwärtig diskutierten Vorschlag, wonach bei Entscheidungen über Krisensituationen, in denen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen werden, das Anrecht der fünf Vetomächte auf Einspruch nicht mehr gelten soll.

- Mein dritter Punkt: Stellen Sie sich hinter die Menschenrechte und die verbindlich entwickelten internationalen Instrumente, die diese Menschenrechte schützen. Hier nochmals ein Rückgriff auf die Geschichte. Die Aschen des Zweiten Weltkriegs waren noch heiß, das resultierende Trauma saß noch tief, als sich die Staatengemeinschaft aufgrund dieser Erfahrungen ein Grundverständnis angeeignet hat, wonach jeder einzelne Mensch unveräußerliche Rechte besitzt, und wonach es die Aufgabe des Staates ist, diese Rechte zu schützen. Von diesem Geist getragen ist im Jahr 1951 die Genfer Flüchtlingskonvention entstanden, die Flüchtlingen einen besonderen Schutz zuspricht.

Es bereitet mir große Sorge, dass heute leicht, aber deutlich an jenen Schrauben gedreht wird, und damit die Verbindlichkeit, Unveräußerlichkeit und Universalität der Menschenrechte und ihrer Instrumente gefährdet werden.

Sehr verehrte Damen und Herren, als einer, der solche Situationen aus eigener Erfahrung kennt – ich bin während der Diktatur in Chile aufgewachsen – komme ich mit der Bitte zu Ihnen: Lassen Sie es nicht zu, dass Menschenrechte unterminiert werden.

Ganz konkret halte ich es für eine Entwicklung mit unabsehbaren Konsequenzen, wenn mit der kürzlich getroffenen Vereinbarung mit der Türkei spezifische Aspekte der Menschenrechte und der Flüchtlingskonvention untergraben werden: So dürfen zum Beispiel Flüchtlinge nicht gefangen gehalten werden. Flüchtlinge dürfen auch nicht in Länder abgeschoben werden, die als unsicher eingestuft werden. Was damals um 1950 für Ungarn, Letten und Deutsche gegolten hat und in den 1980er Jahren für Chilenen, Argentinier und

Iraner, muss nun im Jahr 2016 auch für Syrer, Eritreer und Iraker gelten. Alles andere wäre ein kulturgeschichtlicher Rückschritt mit katastrophalen Auswirkungen.

Mit dieser dringenden Bitte, aus dem Herzen und aus dem eigenen Leben gesprochen, jedoch auch mit tiefen Wurzeln in dem christlichen Glauben, zu dem ich mich bekenne, komme ich zum Ende meines Referats. Nochmals möchte ich die Rolle würdigen, die Deutschland seit dem Sommer 2015 spielt, und meinen Dank dafür aussprechen. Ihre Entscheidungen waren richtig – lassen Sie sich nicht abbringen.

Ich trete ausdrücklich vor dem Hintergrund dieser moralischen Führungsrolle, die Sie bisher wahrgenommen haben, mit meinen Anfragen und Bitten an Sie heran. Sie haben es gemerkt: es geht um Menschen und um ihre Rechte. Und doch haben Sie sicherlich auch gemerkt: weil es um Menschen und ihre Rechte geht, geht es eben auch um so viel mehr.

Vielen Dank!

*Pfarrer Dr. Martin Junge,
Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes*

LUTHERISCHER WELTBUND

P.O: Box 2100, Route de Ferney 150, CH-1211 Geneva 2

FÉDÉRATION LUTHÉRIENNE MONDIALE

Tel. +41/22-791 61 11, Direct +41/22-791 63 63

FEDERACIÓN LUTERANA MUNDIAL

Fax +41/22-791 66 30, E-Mail mju@lutheranworld.org